

mochte, daß aber über die Fragen des Weges zum Sozialismus sowie seines Aufbaus neue Modelle legitimiert wurden, die von der reinen Lehre erheblich abweichen. Die innere Entwicklung im europäischen Kommunismus wird interessanter. Unterschiedliche Kommunismusva-

rianten werden in Europa miteinander koexistieren, ohne freilich in den abgesteckten Einflüßbereichen gegeneinander zu agieren. Die Herausbildung eines differenzierten Kommunismusbildes wird Voraussetzung für eine erfolgreiche Auseinandersetzung sein.

Kurzinformationen

Papst Paul VI. beklagte sich über die mangelnde Verwirklichung der Menschenrechte in weiten Teilen der Welt und die fehlende Verständigungsbereitschaft marxistischer Regierungen. Der Papst äußerte sich in einer Rede beim traditionellen Empfang für das Kardinalskollegium anläßlich seines Namenstages und des dreizehnten Jahrestages seiner Krönung (vgl. *Osservatore Romano*, 21./22. 6. 76). Ausdrücklich nahm er Bezug auf seine Rede im Konsistorium am 24. Mai 1976 (vgl. HK, Juli 1976, 377), deren Duktus er in der neuen Ansprache wieder aufnahm. Einmal mehr warnte Paul VI. vor entgegengesetzten extremen Haltungen, die die Einheit der Kirche gegenwärtig gefährden würden, ebenso wiederholte er seine Warnung vor einem „*mißverstandenen Pluralismus*“, die er diesmal besonders in Richtung der Pluralität politischer Optionen in der Kirche spezifizierte. Die Anstrengungen von Christen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Situation müßten immer in angemessener Weise koordiniert und in ihrer inneren Verbindung mit den Erfordernissen des Wohls der Kirche gesehen werden. Man müsse sich sowohl vor desengagierter Untätigkeit wie vor äußerlichem Aktivismus hüten. Neben der mangelnden Einheit in der Kirche nannte der Papst als besonders schmerzliche Tatsache das *Fehlen der Religionsfreiheit* „in gewissen Ländern“. Die Kirche setze zwar ihr Vertrauen in den Geist Gottes und nicht in die Hilfe staatlicher Macht und verlange deshalb für sich weder einen speziellen Schutz noch irgendwelche Privilegien. Sie bedürfe aber „gerechter Freiheit“, die sie für ihre Gläubigen wie für alle Menschen verlange, „im Namen der unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte der menschlichen Person, ihrer Würde und ihrer göttlichen Berufung . . ., die ihr weder die Gesellschaft noch der Staat nehmen kann“. Der Papst bedauerte, daß einzelne Nationen entgegen ihren Absichtserklärungen in nationalen und internationalen Dokumenten die Gesetzgebung und die staatliche Praxis nicht am Prinzip der Menschenwürde orientieren. „Zahlreich sind die Fälle von Beschränkung, von ungenügender Verwirklichung und oft genug von offener Ungerechtigkeit, die denunziert und beklagt werden müssen.“ Er erinnere daran – so fuhr Paul VI. fort –, schon um den Eindruck zu vermeiden, der Heilige Stuhl habe das vergessen oder im Lauf der Jahrzehnte akzeptiert, vor allem aber, um den betroffenen Katholiken zu zeigen, „daß uns ihre Treue und ihre verborgenen Leiden nicht unbekannt sind“. Der Papst erwähnte auch die Schwierigkeiten der Missionare, die wegen ihrer Herkunft aus fremden Ländern in ihrer pastoralen Arbeit behindert werden. Unmittelbar im Anschluß daran nannte Paul VI. als charakteristisches Phänomen der jüngsten Geschichte der Beziehungen von Kirche und Staat die Tatsache, daß in zahlreichen Regionen der Welt politische Kräfte an die Macht gekommen seien, „deren ideologische Basis und deren praktisches Programm die Befreiung der Menschheit von

dem ist, was sie religiöse Entfremdung nennen“. Er wolle zwar – so der Papst weiter – keine Bilanz der Versuche des Dialogs und der Verhandlungen mit diesen Staaten ziehen, er müsse aber öffentlich seinem Schmerz darüber Ausdruck geben, daß ein großer Teil der marxistischen Regime nicht nur zu keiner Verständigung, sondern nicht einmal zu Kontakten mit dem Apostolischen Stuhl bereit sei. Paul VI. sprach die Hoffnung aus, daß sich „zur richtigen Zeit neue Wege und Begegnungen ergeben, die unserer Überzeugung und unseren Absichten nach nicht nur zum Wohl der Kirche wären, sondern auch zu einer Zusammenarbeit in den großen Menschheitsproblemen führen könnten, die alle Völker der Erde in Furcht, Hoffnung und Verantwortung verbinden“.

Die neue Besetzung der „Gemischten Arbeitsgruppe“ der katholischen Kirche und des Ökumenischen Rates wurde am 1. Juli gleichzeitig in Genf und in Rom bekanntgegeben (EPS, 1. 7. 76). Der gemeinsame Ausschuß war im Jahr 1965 geschaffen worden, um eine bessere Verständigung, Koordination und soweit möglich auch praktische Kooperation zwischen der katholischen und den im Ökumenischen Rat vereinigten Kirchen zu ermöglichen. Ferner gehört zu seiner Aufgabe die gemeinsame Urteilsbildung über den Stand der Entwicklung der ökumenischen Bewegung. Der Arbeitsbericht des bisherigen Ausschusses war von der Vollversammlung des Weltkirchenrates – ebenso wie vorher von Rom – gebilligt worden (vgl. HK, Februar 1976, 98); ausdrücklich hatten sowohl Genf wie der Vatikan die Weiterarbeit empfohlen. Die Arbeitsgruppe wird in ihrer neuen Zusammensetzung im Oktober dieses Jahres in den Niederlanden zum ersten mal zusammentreten. Ihr gehören je neun Vertreter der beiden Seiten an. Der Ökumenische Rat wird vertreten von: *Brigalia Bam*, Moderatorin des Arbeitsausschusses des ÖRK für Erziehung und Erneuerung; *Protopresbyter Vitaly Borovoy* von der Theologischen Akademie der russisch-orthodoxen Kirche in Moskau; *Chrysostomos Konstantinidis*, dem griechisch-orthodoxen Metropoliten von Myra; *C. I. Itty*, Moderator des ÖRK-Ausschusses für Gerechtigkeit und Dienst; *Eduard Lohse*, Landesbischof von Hannover und Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands; *José Miguez-Bonino*, einem der Präsidenten des Weltkirchenrates; *Henry Okullu*, anglikanischer Bischof von Kisumu/Kenya; der Generalsekretärin des Nationalen Kirchenrates der Vereinigten Staaten, *Claire Randall*, und vom Leiter der Genfer Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, *Lukas Vischer*. Die neun Mitglieder auf katholischer Seite sind: vom Vatikanischen Einheitssekretariat dessen Vizepräsident *Erzbischof Ramon Torella Cascante* sowie Untersekretär *P. Pierre Duprey* und Msgr. *Basil*

Meeking; P. *Simon Amalorpavadass*, Direktor des indischen Bibel-, Katechetik- und Liturgiezentrums in Bangalore; Msgr. *Daniel Dzwoyok*, Generalvikar des Apostolischen Visitators für die katholischen Ukrainer in Westeuropa; P. *Emmanuel Lanne OSB* aus der Abtei Chevotogne, Vizepräsident der Genfer Kommission für Glauben und Kirchenverfassung; P. *Henri de Riedmatten OP* vom päpstlichen Rat „Cor unum“; P. *Thomas Stransky*, Präsident der Ordensgesellschaft der Paulisten, und Schwester *Frances Webster* von der Ordensgesellschaft der Missionsärztlichen Schwestern in Rom. Das Gremium wird einmal jährlich zusammentreten, ein kleiner Exekutivausschuß von sechs Mitgliedern wird in der Zeit zwischen den Tagungen für die laufenden Geschäfte zuständig sein.

Die bilateralen ökumenischen Gespräche der Kommission römisch-katholischer und lutherischer Theologen in den USA haben sich z. Z. am Thema der Unfehlbarkeit des Papstes festgehalten, sie sind aber nicht gescheitert (vgl. HK, Januar 1976, 8f.). Im Februar 1976 fand die 22. Begegnung seit Beginn der Gespräche im Jahre 1965 statt (LW-Pressedienst, 18. 3. 76), darunter die fünfte über das Dogma vom Primat des Papstes. In Abwesenheit des erkrankten Auxiliarbischofs *T. Austin Murphy* von Baltimore führte *Paul E. Empie*, ehemals Generalsekretär des Lutherischen Nationalkomitees der USA, den Vorsitz. *Warren A. Quanbeck* vom Luther-Seminary hatte 16 Thesen ausgearbeitet, die als Redaktionshilfe gebilligt wurden. Dem Ausschuß gehören ferner an *George Lindbeck* von der Theologischen Fakultät der Yale-Universität, Pfarrer *Maurice C. Duchaine* vom St. Patricks Seminary in Kalifornien und der unermüdliche Promotor des ökumenischen Gesprächs, der Assumptionist *George H. Tavard* von der Methodistenhochschule in Delaware (Ohio). Pater Tavard hielt das Hauptreferat über „Das Papsttum und die christliche Symbolik“. Pfarrer *Kilian McDonnell* von St. John Abbey in Collegeville (Minnesota) hielt das Korreferat über „Unfehlbarkeit als Charisma des Ersten Vatikanischen Konzils“. Die nächste Zusammenkunft ist für Mitte September 1976 vorgesehen. Bei der danach folgenden Konferenz im Februar 1977 in Washington würden die zuständigen katholischen Bischöfe und lutherischen Kirchenführer anwesend sein. Aber es verlautet, die Gespräche über dieses heikle Thema würden nicht vor Ende 1977 zum Ziel gelangen (NCNS, 4.7.76). Daß sie ein Ziel für möglich halten, bleibt eine bisher unveränderte Tendenz, die in den USA auf andere multilaterale Gespräche über das Papsttum ansteckend gewirkt hat.

Die Plenarsitzung der Bischofskonferenz von Nigeria war dem Thema „Mitverantwortung beim Aufbau der Nation“ gewidmet. Nach einem konzelebrierten Gottesdienst der rund dreißig Bischöfe, die an dem Treffen im Katholischen Sekretariat in der Hauptstadt Lagos teilnahmen, hielt der Präsident der Konferenz, Bischof *Dominio Ekandem* von Ikot Ekpene die Eröffnungsansprache mit einer ersten Einführung in die Problematik. Er erfuhr übrigens erst während der Konferenz, daß er der erste Kardinal von Nigeria werden sollte. Einzelheiten über den Verlauf der Tagung erfuhr man durch die zum Abschluß veröffentlichte Erklärung (vgl. Fides, 9. 6. 76, NCNS, 21. 6. 76). Darin heißt es u. a., die Kirche verpflichte sich „zu voller Mitarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen Volksbildung, vor allem bei der Ausbildung von Religionslehrern, und auf dem Gebiet der moralischen und religiösen Erziehung, für die die Kirche zuständig ist. Wir sagen auch volle Mitarbeit auf dem Gebiet der Krankenbetreuung zu.“ Gleichzeitig ersuchte die Kirche aber die Regie-

rung um verstärkte Mitarbeit hinsichtlich der „Wiederaufnahme von Disziplin und solider moralischer und religiöser Erziehung in den Lehrplan der Bildungsanstalten und auch hinsichtlich der Ausschaltung von Unruhe, Zerstörung und Aufruhr aus unseren Schulen“. Jüngste Ereignisse hätten gezeigt, wie wichtig Moralität, gottesfürchtige Führerschaft und Ehrlichkeit seien. Wohlstand wirke sich besonders erschwerend auf ethisches Verhalten und richtiges Betragen aus. Ausdrücklich lobend hervorgehoben wird das Bemühen der Regierung, nationale Einheit herzustellen und zu gewährleisten, daß kein Nigerianer ein Fremder in irgendeinem Teil seines Landes ist. Die Bischöfe drücken ihren Wunsch aus, mit der Regierung zusammen an der Erhaltung und Förderung der echten nationalen Kultur zu wirken. Eindeutig stellt sich die Bischofskonferenz hinter die vor einiger Zeit vom Staatspräsidenten gestartete Operation „Nähre die Nation“, mit der erreicht werden soll, daß Nigeria sich in absehbarer Zeit von Lebensmitteleinfuhren aus dem Ausland unabhängig macht. Mit einem nicht zu übersehenden Stolz weist die Kirchenleitung auch auf die Empfehlungen ihrer eigens gegründeten „Kommission für die Neuordnung der öffentlichen Dienste“ hin, in denen der Regierung für den Bereich des Erziehungswesens nahegelegt wurde, „achtbare Freiwilligenorganisationen“ zur Mitarbeit in der Verwaltung von Schulen einzuladen. Die Bischöfe richten an die Regierung „die ernstliche Bitte, daß sie in diesem entscheidenden Augenblick unserer Erziehungsrevolution diese Empfehlung berücksichtigt“. Damit wird deutlich, daß die Kirche das ihr durch regierungsamtliche Maßnahmen vor einiger Zeit entzogene Engagement im Schulwesen unbedingt erneuern möchte. Offizielle Reaktionen der Regierung auf dieses weitgehende Arbeitsangebot stehen noch aus.

Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in Malawi geht weiter. Schon seit einiger Zeit lagen Berichte vor, daß die Mitglieder dieser Gemeinschaft nach ihrer Vertreibung aus Moçambique, wohin sie sich vor Jahren aus Angst vor der Verfolgung durch die malawische Einheitspartei und die hinter ihr stehende Polizei geflüchtet hatten, erneuten Nachstellungen ausgesetzt sehen – und das trotz der Zusicherung der Regierung von Malawi, daß sie unbehelligt blieben. Die von London aus wirkende Organisation „Minority Rights Group“, die sich in früheren Jahren bereits mit den Gastarbeitern in Westeuropa, den Unberührbaren Indiens, den Palästinensern und Kurden und vielen anderen Minderheiten und ihren Problemen beschäftigt hatte, veröffentlichte jetzt eine Dokumentation (Tony Hodges, Jehovah's Witnesses in Central Africa), die das Schicksal dieser Menschen enthüllt und die bisher fast ausschließlich von den Zeugen Jehovas selbst betriebene Aufklärung über die Ausschreitungen nicht nur bestätigt, sondern in vielen Punkten ergänzt. Demnach sind seit 1967 mehrere hundert Zeugen Jehovas unter dem Druck der Verfolgungen umgekommen. Fast die gesamte Glaubensgemeinschaft in Malawi mußte mehrmals fliehen, und zwar in der Hauptsache nach Sambia und Moçambique, wurde aber immer wieder nach einiger Zeit der Polizei von Malawi ausgeliefert. Mindestens 2000 von ihnen scheinen augenblicklich in Malawi inhaftiert zu sein, während sich Tausende malawischer und moçambikanischer Jehova-Zeugen in der an Malawi grenzenden Milange-Region Moçambiques unter Überwachung befinden (NZZ, 10. 7. 76). Der Grund für die Verfolgung der schätzungsweise rund 20 000 Zeugen Jehovas von Malawi ist darin zu sehen, daß Präsident Banda 1967 die schrankenlose Verfolgung freigab und wenig später von „Zeugen des Teufels“ sprach, weil sie sich weigern, Mitgliedskarten der Einheitspartei Malawi Congress Party zu kaufen. Der Pazifismus und ihr religiös begründetes Verbot, irgendeiner politischen Par-

tei anzugehören, Nationalflaggen zu grüßen oder Nationalhymnen zu singen, hat den Zeugen Jehovas schon in vielen Ländern Schwierigkeiten bereitet. Doch der in Malawi übliche, d. h. vom Präsidenten befohlene Brauch, daß praktisch jeder Bürger durch den Kauf der Parteimitgliedskarte seine Mitarbeit bekräftigt, hat zu diesem seit Jahren schwelenden Konflikt geführt. Bisher ha-

ben sich nur wenige Stellen außerhalb des Landes und außerhalb der Glaubensgemeinschaft für die Verfolgten eingesetzt. Mitte Juni hatte sich jedoch der Weltkirchenrat an den malawischen Präsidenten gewandt. Von seiten der katholischen Kirche des Landes war bisher noch keinerlei Einsatz für die verfolgten Zeugen Jehovas zu vernehmen.

Bücher

RUDOLF PESCH. Das Markusevangelium I. Teil, Einleitung und Kommentar zu Kap. 1, 1 – 8, 26. Herders Theologischer Kommentar zum Neuen Testament. Herder 1976. XXIV und 424 S. Lw. DM 90.– (Einzelpreis).

Nach langwierigen Untersuchungen und Spekulationen von Exegeten aller Konfessionen über „die Theologie des Markus“ und seine Quellen legt Pesch auch im Kontakt zu evangelischen Kollegen einen ebenso gründlichen wie durch Klarheit der Ergebnisse ausgezeichneten und wohl letztgültigen Kommentar vor. Der 1977 erscheinende zweite Teil wird mit einer Würdigung der markinischen Theologie für die Gegenwart schließen. Mit dem „Anfang des Evangeliums Jesu Christi“ – ein „Buchtitel“ – schafft Markus eine neue literarische Gattung, obwohl er den Begriff „Evangelium“ der urkirchlichen Jesusüberlieferung und Paulus entnahm. In der Haltung konservativ, bündelt er als Katechet im Umbruch der Generationen für die kirchliche Lehre zahlreiche vormarkinische Traditionen. Vermutlich Judenchrist in Rom nach der Zerstörung Jerusalems bringt er sie – theologisch reflektiert – in einen narrativen Zusammenhang. Seine literarische Leistung wurde überschätzt. Die erzählende Struktur fand er vor. Auch der Aufbau ist unliterarisch, aber theologisch komponiert im Blick auf die vom Unglauben angefochtene Kirche seiner Zeit (vgl. zum Jüngerverständnis S. 275 f.). Seine theologische Leistung (S. 48 f.) ist, daß er die Lehre Jesu und sein Wirken als Erzählung von Geschichte in Gestalt von Predigt bietet. Sein Werk ist „ein Geschichtsbuch“ wie „ein Missionsbuch“, besorgt um die Tradition der Autorität des geschichtlichen Jesus, aber ohne eigenständige Christologie. Das einmalig Gewesene wird vergegenwärtigt und so zur Nachfolge gerufen. Da wir Markus „fast ausschließlich verdanken, was wir über Jesus Christus, sein Leben und Wirken, sein Leiden und Sterben wissen“ (S. 3) und durchweg von der Markuspriorität ausgegangen werden kann, läßt sich ermaßen, welche grundlegende Bedeutung diesem minutiösen, nie im Detail aufgehenden Kommentar zukommt. Nicht nur die Exkurse, sondern auch die bisweilen exkursartig aufgelockerten Einzelanalysen erweisen, daß Pesch aus dem Wissen um das Ganze – auch der Kirche – arbeitet. Oft richtet er den Glauben wieder auf. Sein Werk ist zugleich ein Beitrag zu der neu zu schreibenden Geschichte der Urkirche.

J. P. M.

Diskussion über Hans Küngs „Christ sein“. Grünewald Verlag, Mainz 1976. 144 S. 15.80 DM.

Man kann wohl darüber streiten, ob die Art der Publizität, wie sie Hans Küngs theologische Arbeiten erreichen, der Person und

der Sache in jedem Fall förderlich sind. Einem neuen Höhepunkt scheint diese Publizität zur Zeit zuzusteuern. Aufgeschreckt durch die Resonanz, die sein Buch „Christ sein“ (vgl. HK, Oktober 1974, 539 ff.) gefunden hat, sind elf Fachkollegen darangegangen, die theologische Stringenz und die Wahrung der Katholizität in dem neuen Werk Küngs zu prüfen – mit dem der Verfasser nach seinen vielfach beargwöhnten kirchenkritischen Schriften das grundsätzlich „affirmative“ Element seiner Theologie herausstellen wollte. Nicht unkritisiert blieb die Tatsache, daß sich – offenbar auf Betreiben nicht der Mitarbeiter, sondern des Verlages – das Werk mit dem Titel „Diskussion“ schmückt, obwohl es eine Sammlung von „negativen“ Stimmen ist, und Verteidiger des inkriminierten Opus nicht zu Wort kommen. Eine Reihe der beteiligten Autoren konzidiert aber trotz kritischer Gesamtwertung dem Verfasser von „Christ sein“ durchaus nicht nur gute Absichten, sondern auch in mancherlei Hinsicht eine gelungene Durchführung. „Es besteht kein Zweifel, daß H. Küng mit diesem Buch viele Menschen aus ihrer Reserve zum überkommenen Christentum herauslocken und vielleicht nach vielen Jahren der Entfremdung zum erstenmal wieder dem Geist des Christentums näherbringen konnte“ (112). Diese Aussage von *Karl Lehmann* ließe sich leicht durch ähnlich lautende ergänzen.

Der globale Vorwurf, den man Küng macht, ist aber der, daß er sich einerseits in der Art der Darstellung leiten lasse vom Verständnishorizont der dem Glauben und der Kirche entfremdeten Zeitgenossen, daß er aber andererseits in gewisser Weise doch die Vorstellung insinuiere, mit seinem Buch liege so etwas wie eine „Dogmatik für Laien“ vor. *Josef Ratzinger* geht – polemisch die Mitautoren weit hinter sich lassend – so weit, Küng zu unterstellen, er treibe eine Theologie, „die nur noch plausibel sein will“ (15). Er spricht sogar, ohne ganz deutlich zu machen, ob er Küng direkt meint oder nicht, von einer Zurücknahme des Christlichen „aus seinem auf Leben und Tod gehenden Ernst... in die fragwürdige Interessantheit des Literarischen“ (15). Sachlicher formuliert *Walter Kasper* einen ähnlichen Einwand, wenn er feststellt, daß Küng nicht deutlich mache, „daß es kein Christsein ohne *verbindlich geltend gemachte* Tradition geben kann“ (32), wenn man nicht einfach einen Graben zwischen dem historischen Jesus und seiner Botschaft einerseits und der heutigen gläubigen Subjektivität andererseits konstruieren will. Gegen die Art, wie Küng die kirchliche Überlieferung behandelt, werden zahlreiche Einwände vorgebracht: so werden sein die christologischen Aussagen relativierender Rückzug auf den historischen Jesus, das Fehlen einer „positiven Sinnerschließung“ der Trinitätslehre und die ekklesiologischen „Lücken“ beanstandet. Inzwischen hat Küng in einem Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (22. 5. 76) Stellung genommen, ohne aber Wesentliches zur Ent-